

Sehr geehrte Mitglieder der Bezirksversammlung Altona,

in dem beigefügten PDF finden Sie unsere Stellungnahme zu dem für morgen zur Abstimmung stehenden Antrag der SPD und der Grünen (hier ebenfalls im Anhang), welcher sich u.a. mit dem Gelände der Baudissin-Kaserne in Osdorf befasst.

Wir bitten Sie zu beachten, dass der Punkt 2 *„die Flächen sollen perspektivisch ausschließlich für den preisgedämpften (z.B. Genossenschaften, Baugemeinschaften etc.) bzw. sozialen Wohnungsbau inklusive WA gebundene Wohnungen zur Verfügung gestellt werden“* den Vereinbarungen widerspricht, die mit Stadt und Bezirk getroffen wurden.

Sollen etwa die Sozialwohnungen nach Osdorf, damit in anderen Stadtteilen weniger Sozialwohnungen gebaut werden müssen? So kann eine Aufwertung des Stadtteils niemals nicht gelingen!

Beste Grüße von LOB
Bürgerinitiative für Lurup-Osdorf-Bahrenfeld



Stellungnahme der Initiative LOB zum Antrag der SPD und den Grünen „Wohnungsbauziele von Bund und Land: gemeinsame Potentiale erkennen und realisieren“ (Drucksache 21-2848)

Sehr geehrte Mitglieder der Bezirksversammlung Altona,

wir möchten unsere Sicht der Dinge zum Antrag der Grünen und der SPD darlegen.

Zum Thema „Generalleutnant-Graf-von-Baudissin-Kaserne“ haben wir folgenden Kenntnisstand:

- Die Kaserne wurde zwischen 1934 und 1936 errichtet, das Grundstück wurde per Erbpacht von der Stadt Altona (später Hamburg) für 100 Jahre verpachtet. Die BlmA kann das Grundstück bis 2037 wie ihr Eigentum betrachten und es nach Belieben nutzen/bebauen, die Stadt Hamburg hat kein Mitspracherecht. Das Ensemble der Kaserne steht unter Denkmalschutz, Nachkriegsbauten sind ausgenommen.
- Die Kaserne ist Teil der Führungsakademie der Bundeswehr, einer Institution von großer Bedeutung für die FHH und vor allem für den Bezirk Altona.
- Die Bundeswehr hat bereits einige Randbereiche als entbehrlich für die Nutzung durch den militärischen Betrieb definiert. Dies sind die Bereiche der bisher für die öffentlich-rechtliche Unterbringung genutzten Baufelder A und B am Blomkamp sowie die zweite Hälfte des ehemaligen Fußballplatzes (östlich von Baufeld B) – zusammengefasst wird dieser Bereich im Wohnungsbauprogramm als Teilfläche „B 101“ mit „mittelfristigem Realisierungszeitraum“ ausgewiesen. Hier sind die Vereinbarungen des Bürgervertrags LOB zu berücksichtigen.
- Weitere Flächen, die anscheinend von der Bundeswehr als entbehrlich für die Nutzung durch den militärischen Betrieb definiert wurden sind: das nördlich angrenzende Buchenwäldchen und ein kleines dreiecksförmiges Stück nördlich des großen Sportplatzes. Auch die sogenannte „Feldwebelsiedlung“ war wohl schon im Gespräch.

Wir sind der Meinung, dass Grünflächen und Sportflächen, wie sie auf dem Gelände der Kaserne bestehen, auf jeden Fall erhalten werden müssen.

Zudem ist es aus unserer Sicht eminent wichtig, bei allen Überlegungen zu zukünftigen Bebauungen mit Wohnungen immer den sozialen Status des Stadtteils im Blick zu behalten, da die Kaserne direkt südlich an das RISE Gebiets „westlicher Stadtrand“ angrenzt. Wir sind daher der Überzeugung, dass hier keine oder nur wenige Sozialwohnungen entstehen dürfen um perspektivisch eine günstigere Durchmischung zu erreichen, zumal wenn man in Betracht zieht, dass die weiter südlich gelegenen Quartiere zum überwiegenden Teil durch geförderter Wohnungsbau entstanden sind.

- Hierzu haben wir im Juli 2020 Ideen in unserem Papier „Perspektive Osdorf“ formuliert, welches den Stadtplanern und der Bezirksamtsleiterin bekannt ist. Wir sind der Überzeugung, dass hier ein beispielhaftes Projekt umgesetzt werden kann, welches es auch Familien mit mittlerem Einkommen ermöglicht, Eigentum zu erwerben, was für diesen Teil unserer Gesellschaft in Hamburg mittlerweile fast aussichtslos geworden ist!
- Für die Teilfläche „B 101“ wurde im Dezember 2020 in den „Ergänzenden Vereinbarungen zum Bürgervertrag zwischen der Initiative Lurup-Osdorf-Bahrenfeld (LOB) und der Freien und Hansestadt Hamburg“ vereinbart:

Vor dem Hintergrund der beabsichtigten Aufwertung des Stadtteils Osdorf wird somit WA-gebundener Wohnungsbau sowie eine ausschließliche Bebauung/Nutzung mit/durch Sozialwohnungen auf den Baufeldern A + B ausgeschlossen.

Das unter „Punkt 2“ im Antrag formulierte Ziel „die Flächen perspektivisch ausschließlich für den preisgedämpften (z.B. Genossenschaften, Baugemeinschaften etc.) bzw. sozialen Wohnungsbau inklusive WA gebundene Wohnungen zur Verfügung zu stellen“ widerspricht den im Bürgervertrag formulierten Vereinbarungen! Stadt, Bezirk und unsere Initiative haben im Dezember 2020 nochmals festgehalten:

Das Ziel, durch die mittel- und langfristige Nutzung des Geländes am Blomkamp und ggf. später der gesamten Fläche der Kaserne zu Wohnzwecken den sozialen Status des Stadtteils Osdorf anzuheben, wird durch die Unterzeichnenden nochmals bekräftigt.

In diesem Zusammenhang stimmen wir dem Beitrag von Frau von Berg in der „Welt“ vom Mai 2021 zu, in dem geschrieben stand (Zitat):

Als zweite gravierende Baustelle nennt von Berg den Wohnungsbau. Dass sich der rot-grüne Senat bei seinen jährlich geplanten 10.000 neuen Wohnungen auf einen Drittmix aus geförderten, frei finanzierten Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen versteift, ist ihr ein Dorn im Auge. „Ich wünsche mir, dass wir in den Bezirken mehr Beinfreiheit vom Senat bekommen.“

Konkret: „Es wäre sinnvoll, ein Grundstück in der Nähe der Plattenbau-Großsiedlung Osdorfer Born ohne den Drittmix bebauen zu können, sondern ausschließlich mit genossenschaftlichem Wohnungsbau, kombiniert mit Eigentumswohnungen.“ In reicheren Stadtteilen wie Nienstedten indes wolle sie auf neuen Bauflächen nur Sozialwohnungen ansiedeln.

Von Bergs Ziel: „Ich möchte den Wohnungsraum durch Stadtentwicklung durchmischen und unterschiedliche soziale Schichten in einem Viertel zusammenbringen.“ Das funktioniere nur über Wohnungs- und Mietpreise. Möglich wäre die erhoffte „Beinfreiheit“ etwa in Form von Sonderbefreiungen oder Vereinbarungen bei einzelnen Vorhaben

Wir sind überzeugt, dass Sie alle die Notwendigkeit erkennen, Osdorf in die richtige Richtung zu entwickeln und dass eine Bebauung mit Sozialwohnungen, so wichtig diese auch für unsere Stadt sind, in diesem Bereich unseres Bezirkes diesem Ziel nicht förderlich ist.

Mit freundlichen Grüßen von der Bürgerinitiative LOB,



von der Bürgerinitiative LOB

